

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 88 827

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbdonntlich ins Haus gebracht 80 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Aufträge 25 Pfg., 65 mm breite Reklamezeile 80 Pfg., tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Klagerscheine einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Vieferung der Zeitung

Nr. 222 Bad Schandau, Donnerstag, den 22. September 1927 71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die für heute nachmittag angesetzte Kabinettsitzung, die der Weiterberatung einer Reihe von Einzelheiten der Besoldungsreform dienen sollte, ist wieder abgelehnt worden. Statt dessen wird morgen vormittag 10 Uhr eine interfraktionelle Sitzung der Parteiführer der Koalition im Reichstag zusammenzutreten, an der der Kanzler, der Finanzminister und andere Mitglieder des Kabinetts teilnehmen werden.

\* Zu den Presseberichten, nach denen in Genf Abmachungen zwischen dem rumänischen Außenminister Titulescu und Dr. Stresemann über die Frage der deutschen Entschädigung für die Banca Generala noten zustande gekommen sind, wird von der rumänischen Delegation mitgeteilt, daß bisher zwischen den beiden Ministern keine Vereinbarungen getroffen worden sind. Es habe lediglich eine Fühlungnahme stattgefunden.

\* Die Note, die die Vereinigten Staaten auf den französischen Vorschlag wegen der Zolltarife auf amerikanische Waren an Frankreich gerichtet haben, wurde am Quai d'Orsay durch den amerikanischen Geschäftsträger in Paris überreicht.

\* Nach einer Meldung aus Bukarest, läßt der ehemalige Kronprinz Carol das Testament seines Vaters anfechten. Er fordert, daß die Hinterlassenschaftsbehörde die Abrechnung über das Vermögen des Königshauses überprüfen lasse, weil in den letzten zwei Jahren das königliche Vermögen durch Betrügereien gebrandschatzt sei.

## Ein zweites Thoiry?

Die Genfer Völkerbundkonferenz erlischt allmählich wie eine Lampe, der der Brennstoff ausgeht. Englands Außenminister Chamberlain hat eine Mittelmeerreise angetreten, sogar der litauische Staatspräsident ist unangenehmen Erörterungen über die Memelfrage durch eine auffallend plötzliche Abreise aus dem Wege gegangen. Man debattiert noch über allerhand Abrüstungsfragen, Sicherheitsprobleme und sonstiges, was zwar sehr wichtig ist, aber unwichtig wird, wenn die letzten Endes darüber entscheidenden Staatsmänner entweder gar nicht mehr in Genf sind oder schon die Koffer packen. Diese Ergebnislosigkeit der Konferenz gibt den Boden ab für allerhand Gerüchte, die in letzter Stunde emporwachsen. Das neueste darunter ist die Absicht, in einem „zweiten Thoiry“, also in einer neuen geheimen Zusammenkunft zwischen Stresemann und Briand fortzusetzen, was bei dem ersten Frühstück in jenem weltberühmt gewordenen Orte angeknüpft war.

Die Abrüstungs- und namentlich die Sicherheitsfrage, die bekanntlich durch den polnischen Vorstoß ins Rollen gebracht wurde, ist schon unter dem Schutt der verschiedenen Resolutionen so gut wie begraben und ebensowenig ist noch von dem Genfer Protokoll aus dem September 1924 die Rede; womit Deutschland nicht ganz unzufrieden sein wird, da man uns in diesem Protokoll ja auch eine für uns ganz unmögliche Militärkontrolle aufhalsen wollte. Und jene Resolutionen werden kaum das Papier wert sein, auf das sie gedruckt werden. Da kommt nun der angebliche Vorschlag eines „zweiten Thoiry“ fast als Erlösung, als Nase in der Wüste.

Wir Deutsche werden das freilich nicht immer als eine fata Morgana bezeichnen, weil schon das „erste“ Thoiry diesen Namen verdient. Denn alles, was damit an Wünschen und Hoffnungen deutscherseits verknüpft wurde, ist geschwunden wie ein Trugbild und ermuntert deswegen wirklich nicht zu einer Neuaufgabe. Auch grundsätzlich nicht; denn in Thoiry sollte ja angeblich eine „vorzeitige“ Rheinlandräumung durch deutsche Zugeständnisse erkauf werden und das gleiche soll jetzt wieder geschehen, während wir doch in Deutschland von der Rechten bis zur Linken der Ansicht sind, durch restlose Erfüllung des Versailler Vertrages ein Recht auf diese frühere Räumung zu haben, so wie es der Artikel 431 dieses Vertrages bestimmt. Ein Recht freilich, dessen Erfüllung wir angesichts unserer Machtlosigkeit nicht erzwingen können, das zu erkaufen durch Aufgabe eines anderen lebenswichtigen Rechtes ganz Deutschland einhellig ablehnt. Soll doch diese neue deutsche „Kompensation“ ein „Locarno“ sein, der ausdrückliche ausgesprochene Verzicht Deutschlands, jemals eine auch friedliche Abänderung unserer Ostgrenzen auch nur anzustreben, geschweige denn erzwingen zu wollen. Dies letztere ist übrigens durch unsere in Verfolg des Locarnoübereinkommens abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei festgelegt worden.

Es ist aber als nächstes in Frankreich immer wieder und ganz offen proklamiertes Ziel französischer Politik bezeichnet worden, ein solches „Locarno“ von Deutschland zu erpressen und dabei als Gegenleistung die „vorzeitige“ Rheinlandräumung zu verheißen. Wir haben aber — siehe das „erste“ Thoiry! — der Beispiele genug dafür, daß die Ausföhrung derartiger Versprechungen nicht bloß auf sich warten ließ, sondern gar nicht erfolgte. Wir wissen

auch, daß Frankreich gar nicht daran denkt, das Rheinland zu räumen, ehe es nicht seine gewaltigen Rüstungspläne bis zum letzten durchgeführt hat und erst dadurch — nach französischer Ansicht — eine genügende Sicherheit vor deutschen Angriffen geschaffen sei. Daran würde also von vornherein ein „zweites Thoiry“ scheitern, selbst wenn man in Paris es über sich gewinnen könnte, nach dem Abschluß eines Locarno zur Gegenleistung zu schreiben. Also würde sich ein solches „zweites“ Thoiry von seinem Vorgänger nicht im geringsten unterscheiden; wir wären wieder in der Lage, vergebens auf jede Gegenleistung warten zu können, — ganz abgesehen davon, daß Deutschland niemals auf das Recht verzichten kann, bei günstiger Gelegenheit die Grenzziehungen im Osten einer Korrektur unterwerfen zu lassen. Wir haben uns einmal auf das Glatteis von Thoiry führen lassen; das mißlungene Experiment zum zweitenmal zu versuchen, dazu wird uns nichts bewegen können.

## Vor der Abrüstungsdebatte in der Völkerbundsversammlung.

Genf, 21. September. Die Abrüstungsdebatte im Plenum der Völkerbundsversammlung wird nach den bisherigen Dispositionen Anfang der nächsten Woche stattfinden. Hierauf wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer größeren Rede grundsätzlich den deutschen Standpunkt zur Abrüstungsfrage eingehend darlegen.

## Die Abrüstungskommission nimmt den Resolutionsentwurf der Großmächte an.

Genf, 21. September. Die Abrüstungskommission hat heute abend den heute vormittag veröffentlichten Resolutionsentwurf des Redaktionskomitees einstimmig mit nur geringfügigen redaktionellen Änderungen angenommen.

Zum Berichterstatter der Kommission in der Vollversammlung wurde der belgische Senator Brouquere ernannt. Von Seiten der deutschen Delegation wurde darauf hingewiesen, daß diese Resolution nunmehr eine Basis für die gesamten weiteren Verhandlungen über den Sicherheitsgedanken bilden würde und somit gewissermaßen als ein Ersatz des Genfer Protokolls aufzufassen sei.

Der vom Grafen Bernstorff vor einigen Tagen in der Abrüstungskommission eingebrachte Antrag ist voll in der Resolution aufgenommen und damit dem deutschen Standpunkt voll Rechnung getragen worden. Der erste Teil der Entschliebung, der von der Notwendigkeit des gegenseitigen Vertrauens als Basis des Abrüstungsgedankens spricht, wird als ein Hinweis auf den Locarnopakt aufgefaßt, dessen Gedankengänge damit auch den anderen Staaten zur Annahme empfohlen werden. Der deutsche Standpunkt hat insbesondere insofern Anerkennung gefunden, als die Abrüstungskonferenz auch dann einberufen werden soll, wenn auf dem Gebiete der Behandlung der Sicherheitsgarantien keine Fortschritte festgestellt werden können.

Der Vorschlag der Schaffung eines besonderen Komitees zur Erörterung und weiteren Behandlung der Sicherheitsprobleme liegt darin, daß nunmehr dieser Komplex nicht mehr in einzelnen Kommissionsverhandlungen abschnittsweise, sondern im Rahmen einer permanenten Kommission behandelt werden soll. Diese Kommission wird neben der Abrüstungskommission bestehen. Es bleibt dabei den Regierungen voll überlassen, wen sie in die Kommission delegieren wollen. Wie heute mitgeteilt wurde, werden die beiden Kommissionen vom Vorsitzenden der vorbereitenden Abrüstungskommission zum November d. J. einberufen werden.

Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß der Versuch Frankreichs, die vorbereitende Abrüstungskommission als Organ für den Aufbau des Sicherheitsgedankens anzusehen, nicht geglikt ist. Vielmehr ist dem deutschen Gedanken Rechnung getragen worden, die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission weiterzuführen, auch wenn die Verhandlungen in der Kommission für die Sicherheitsfrage zu nichts führen oder nur geringe Fortschritte aufweisen. Vom deutschen Standpunkt aus muß nach wie vor darauf hingewiesen werden, daß in erster Linie die Durchführung der Abrüstungsaufgaben steht. Deutschland ist dazu bereit, an einer Kommission für die Behandlung des Sicherheitsproblems teilzunehmen.

Dem letzten Teil des Resolutionsentwurfes liegt ein englischer Vorschlag zugrunde. Es ist von englischer Seite Wert darauf gelegt worden, stets die Möglichkeit zu haben, den Umfang der zu leistenden Garantie selbst festzusetzen, d. h. zu erklären, welche Verpflichtungen man im Rahmen des Art. 16 übernehmen könne und welche nicht.

Die Resolution, die entgegen dem ursprünglich französischen Antrag das Genfer Protokoll nicht erwähnt, geht nunmehr der Vollversammlung zu, die voraussichtlich am Montag die Debatte über die Abrüstungsfrage eröffnen wird.

## Kein Nachgeben Amerikas in der Zollfrage mit Frankreich.

Aus dem Inhalt der Note wird noch die Wendung bekannt, Frankreich habe auf der Genfer Wirtschaftskonferenz dem Prinzip der Weisbegünstigung zugestimmt, jetzt aber sei es das einzige Land Europas, das die Weisbegünstigung ablehne. Zum Schluß der Note wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Zollgesetzgebung die Möglichkeit einer Erhebung von Zuschlagssöllen vorsehe, falls Frankreich seine Ansichten nicht ändere. Im Staatsdepartement wurde erneut betont, daß die Vereinigten Staaten eine Schlechterstellung der amerikanischen Einfuhr nach Frankreich nicht dulden würden.

So haben denn alle schönen Worte nichts genutzt, die von den Franzosen beim Empfang der amerikanischen Legionäre verschwendet wurden. Zuletzt hat dabei noch Lardieu in Reims bei einer Erinnerungsfeier die Amerikahilfe für Frankreich im Weltkriege bis in den Himmel gehoben und darauf hingewiesen, daß es allein dadurch möglich geworden sei, mit Deutschland fertig zu werden. Wobei er natürlich nicht vergaß, die großen Opfer Frankreichs hervorzuheben und mit den pathetischen Worten zu schließen: „Wir waren der Amerikaner würdig während des Krieges, wir sind ihrer auch würdig im Frieden.“

Hilft alles nichts, in Geschäftssachen kann der Amerikaner eine merkwürdig kalte Schulter zeigen. Frankreich wird sich fügen müssen, will es keinen Zollkrieg mit dem ehemaligen Verbündeten heraufbeschwören.

## Politische Rundschau Deutsches Reich.

### Hindenburg empfängt den Präsidenten von Liberia.

Der in Berlin weilende Präsident King der Republik Liberia stattete Mittwoch dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch ab. Der Reichspräsident gab zu Ehren des Besuches ein Frühstück, an dem außer der Begleitung des Präsidenten King und der Umgebung des Reichspräsidenten der Reichskanzler und Frau Marx, Fürst und Fürstin Bülow, der zurzeit in Berlin anwesende ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin, Reichswehrminister Gessler sowie einige Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen. Nachmittags erwiderte Staatssekretär Dr. Neuhoff im besonderen Auftrage des Reichspräsidenten den Besuch im Hotel Eden, wo Präsident King während seines Berliner Aufenthaltes wohnt.

### Stresemann und die Memeler Redakteure.

Der Wahlkreisverband Ostpreußen der Deutschen Volkspartei hatte an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die kürzliche Ausweisung mehrerer reichsdeutscher Redakteure aus dem Memelgebiet Einspruch erhoben wird. Dr. Stresemann antwortete aus Genf, daß die Ausweisung der reichsdeutschen Redakteure aus dem Memelgebiet sowie die sonstigen zahlreichen und berechtigten Beschwerden des Memellandes den Gegenstand von Verhandlungen zwischen ihm und dem litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas gebildet hätten. Sie sollen Ende des Monats in Berlin weitergeführt werden. Stresemann sagt weiter, er werde sich auch weiterhin auf das nachdrücklichste dafür einsetzen, daß durch Verhandlungen den Memelländern die ihnen durch das Memelstatut gewährleisteten Rechte in vollem Umfange aewahrt werden.

### Denkschrift der Kriegsgeschädigten.

Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden, in der der Bund der Auslandsdeutschen, der Deutsche Ostbund, die Freie Interessenvertretung der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, der Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten, der Verein „Wiederaufbau im Auslande“ und die Vereinigten Verbände heimattreuer Obereschleier vertreten sind, veröffentlichte eine Denkschrift, die dem Reichsrat, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag vorgelegt werden wird. In der Denkschrift wird erklärt, daß der Entwurf der Regierung zum Kriegsschädengesetz in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen genüge. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft könne mit einer solchen Entschädigung nicht in die Wege geleitet werden.

### Holland.

× Eröffnung des holländischen Parlaments. Königin Wilhelmine eröffnete die neue Sitzungsperiode mit einer Thronrede. Es wird darin betont, daß die wirtschaftliche Lage Hollands sich trotz des Daniederliegens zahlreicher Industrie- und Handelszweige in einiger Hinsicht günstiger gestaltet habe. Die Beziehungen zum Ausland seien freundschaftlicher Art und die Regierung hoffe, auch mit